

# Frieden / AntiFa

## Rat ö 10.02.2009

### Resolution des Rates der Stadt Osnabrück gegen die NPD-Demonstration am 07. März 2009 (TOP 5) eraturungsverlauf:

Herr Oberbürgermeister Pistorius gibt zu diesem Tagesordnungspunkt die folgende Erklärung ab:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

so sehr ich auch bedaure, dass die NPD eine Demonstration für den 07. März in unserer Friedensstadt Osnabrück angemeldet hat, so bin ich gleichfalls nicht überrascht, dass wir Demokraten uns einig darin sind, dass die Anhänger dieser so genannten Partei in unserer Stadt nichts zu suchen haben. Das macht die Resolution des Rates unmissverständlich klar.

Denn das, was wir als Bereicherung empfinden – das Zusammenleben von Angehörigen zahlreicher Nationalitäten und Kulturen – empfinden diese Rechtsradikalen als Bedrohung. Wir lassen nicht zu, dass solche Typen Menschen verängstigen und bedrohen, die in unserer Stadt friedlich leben und arbeiten.

Meine Damen und Herren,

es ist schon merkwürdig, dass diese Leute sich auf die Hermannschlacht beziehen, um ihre Angst vor Überfremdung, ihre Angst vor Amerika und überhaupt ihre Angst vor allem, was nicht ihren verquasteten Gefühlen und ihrer Weltanschauung entspricht, zu formulieren. Für die ist alles böse und zu bekämpfen, was für uns Chance und Perspektive bedeutet.

Was für uns Gewinn und ein Zuwachs an Lebensqualität und auch Lebensfreude ist, ist für diese Leute ein Trauma ihrer Bunkermentalität. Und so sehen diese Leute auch unsere Welt: durch schmale Sehschlitze versteckt hinter meterdicken Bunkermauern. Wenn sie dürften, würden sie auf alles losgehen, was sich außerhalb ihres Bunkers in unserer Welt bewegt: So jedenfalls muss man ihre Erklärung verstehen, mit der sie ihre Demonstration angemeldet haben:

Sie fühlen sich „tödlich“ bedroht von Feinden, denen sie mutig – wie es heißt – entgegentreten wollen, weil sie meinen, anders untergehen zu müssen. Diese Feinde, meine Damen und Herren, das sind wir – wir, die wir mit anderen Kulturen gern zusammenleben und diese selbstverständlich als Bereicherung empfinden.

Meine Damen und Herren,

zum Glück leben wir in einer Gesellschaft, die wir gestalten und prägen. Und wir wissen sehr gut um die Schwächen und Probleme, mit denen wir in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung leben. Aber wir bekennen uns zu dieser Ordnung. Und wir sind 60 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre nach dem Fall der

Mauer stolz auf diese Ordnung. Dazu gehört die grundgesetzlich geschützte Meinungs- und Demonstrationsfreiheit. Diese Freiheit wird von uns so hoch geschätzt, dass wir sie nicht einmal denjenigen verwehren, die sie missbrauchen. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie es wäre, wenn solche Rechtsradikalen darüber zu entscheiden hätten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

obwohl die NPD immer wieder öffentlich betont, dass sie mit der NSDAP nichts zu tun habe, so zeigt diese Demonstration unter einem Motto, das an Kleist angelehnt ist, das Gegenteil: Der Satz „Solang ein Feind noch in Germanien trotzt, ist Hass mein Amt und meine Tugend Rache.“ ist nämlich in der Tat nur an Kleist angelehnt. Er findet sich aber wörtlich in einem so genannten "Wochenspruch der NSDAP" vom März 1939.

Damit dürfte klar sein, zu welcher Geschichte des Ungeistes diese Leute sich bekennen.

Unsere Abscheu gegen diesen Ungeist wollen wir daher am 07. März zeigen. Friedlich wollen wir klarmachen, dass Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Rassismus in unserer Friedensstadt keinen Platz haben. Ich hoffe, dass viele Osnabrückerinnen und Osnabrücker mit uns am

07. März demonstrieren werden, um einen „Impuls für die Toleranz“ zu geben.“

Herr Oberbürgermeister Pistorius macht deutlich, dass der Inhalt der Resolution unter allen Ratsfraktionen abgestimmt sei und von ihnen gleichermaßen getragen werde, wobei jedoch die FDP-Fraktion zur Frage des NPD-Verboteseine abweichende Auffassung vertrete. Eine weitere Aussprache findet nicht statt.

### **Beschluss:**

Angehörige von über 150 Nationen leben friedlich in Osnabrück zusammen. Toleranz und Verständigung sind für die hier lebenden Menschen ein hohes Gut. Es gehört daher zum Selbstverständnis der Friedensstadt, dass alle Menschen die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben, um ihr Leben zu gestalten. Wir sind der Überzeugung, dass andere Kulturen das städtische Leben bereichern. Wir wollen aufeinander nicht mehr verzichten, weil wir uns kennen und schätzen gelernt haben. Daher verurteilt der Rat der Friedensstadt Osnabrück mit Nachdruck jede Form von Gewalt, Fremdenhass und Rassismus. Gemeinsam mit der Osnabrücker Bürgerschaft wehren wir uns dagegen, dass Menschen – gleich welcher Nationalität, Religion oder ethnischer Herkunft – durch Gewalt oder Diskriminierung verletzt oder beleidigt werden. Auch vor diesem Hintergrund verurteilt der Rat der Stadt Osnabrück die von der NPD geplante Demonstration am 07. März 2009, die unter dem Motto „Die Hermannschlacht: 2000 Jahre Kampf gegen Überfremdung – für nationale Selbstbestimmung“ stattfinden soll.

60 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre nach dem Fall der Mauer haben wir nicht vergessen, dass wir unsere Freiheit den ehemaligen Kriegsgegnern verdanken, mit denen unser Land seit Jahrzehnten

partnerschaftlich und vertrauensvoll verbunden ist. Daher wissen wir auch, dass wir die globalen Herausforderungen unserer Zeit nur gemeinsam – international, national und kommunal – bestehen können.

Der Rat der Stadt Osnabrück bedauert außerordentlich, dass Rechtsradikale unser demokratisches System missbrauchen, um für ihre menschenverachtende Gesinnung zu demonstrieren. Wir fordern deshalb unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, ihre Abscheu und Ablehnung am 07. März durch ihre Teilnahme an der Gegenkundgebung zum Ausdruck zu bringen. Friedlich und deutlich wollen wir zeigen, dass Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Rassismus in unserer Friedensstadt keine Chance haben.

Gleichzeitig fordern wir den Bundestag, die Bundesregierung und die Länder auf, ein Verbot der NPD erneut zu überdenken und sorgfältig zu prüfen. Wer den Schutz unserer demokratischen Verfassung missbraucht, hat nach unserer festen Überzeugung nicht das Recht, dieses System, das uns seit über 60 Jahren Frieden garantiert, für sich in Anspruch zu nehmen.

Der Rat der Friedensstadt Osnabrück hat in der Vergangenheit immer wieder „Neue Impulse für die Toleranz“ gegeben. Das soll auch zukünftig so bleiben. Fremdenhass, Intoleranz und Rassismus haben in unserer Stadt und in der modernen und aufgeklärten Welt nichts zu suchen. Dieses sollten wir den Rechtsextremisten am 07. März deutlich vor Augen führen.

**Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird einstimmig **angenommen**.